

## **MARKT ALS PRINZIP, ALS INSTRUMENT ODER ALS BESONDERES INTERAKTIONSFELD? DIE IDEE DER EINBETTUNG UND DER BEGRENZUNG DES WETTBEWERBS**

Ulrich Thielemann, Berlin, 4. Mai 2015

Beitrag zur Tagung „Markt! Welcher Markt?“, Institut für die Gesamtanalyse der Wirtschaft (ICAE) an der Johannes Kepler Universität Linz, 12. Dezember 2014.

### **Inhaltsverzeichnis**

1.	<i>Das Ende des „Markttriumalismus“</i>	1
2.	<i>Was ist falsch am „freien Markt“?</i>	2
3.	<i>Der Markt als Instrument?</i>	4
4.	<i>Eine alternative Sicht: Markt als Interaktionsfeld</i>	6
5.	<i>Das Kapital als „Diener der Realwirtschaft“</i>	7
6.	<i>TTIP: Ist Freihandel immer gut, wenn nur die Nebenbedingungen stimmen?</i>	9
	6.1. <i>Marktextremismus als Programm</i>	9
	6.2. <i>Nur ein Problem marktexterner Effekte?</i>	10
	6.3. <i>TTIP als „Jobkiller“ und Ökonomisierer</i>	11
7.	<i>Die Zukunft des Marktes</i>	13

### **1. Das Ende des „Markttriumalismus“**

Die Eruptionen, die mit der 2007 einsetzenden Finanzkrise einhergingen und die Mainstream-Economics weitgehend unvorbereitet trafen (British Academy 2009),<sup>1</sup> haben die vormals beinahe vollständige Hegemonie des Ökonomismus durchbrochen. „The era of market triumphalism has come to an end.“ (Sandel 2012, 6) Dies bedeutet nicht, dass die Marktgläubigkeit, die realpolitisch unter dem Begriff „Neoliberalismus“ firmiert – dieser besteht darin, das Nachkriegsregime einer sozialpolitisch und regulatorisch gezähmten Marktwirtschaft zu zerstören –, aus den Köpfen der politökonomischen Meinungsbildner verschwunden ist. Dies zeigt sich etwa in der breiten Unterstützung von „extremist pro-capital deals“ wie TTIP (Lazenby 2014) nicht nur durch Ökonomen, was wenig überrascht, da diese sich ja als die „konsequentesten Fürsprecher des Marktes“ verstehen (Breyer 2008, 129f.) – oder bis vor kurzem verstanden? –, sondern auch durch praktisch alle etablierten politischen Entscheidungsträger. Es zeigt sich auch darin, dass die erste Reaktion auf die Staatsschulden-

---

<sup>1</sup> Die Antwort der Ökonomen auf die Frage der Queen, warum denn niemand die Krise vorausgesehen hat, bestand bekanntlich darin, die Ereignisse hätten die „kollektive Vorstellungskraft“ der Gemeinde der Wirtschaftswissenschaftler überstiegen (British Academy 2009). Vgl. zu den wissenschaftspolitischen Ursachen Trabold (2014, 328 f.) sowie Peukert (2013, 290 ff.).

und Eurokrise, die auf die Finanzkrise folgte, in der Forderung bestand, nun müssten alle Staaten Europas „Rosskuren“ nach dem Vorbild Deutschlands durchlaufen (Sinn 2011), was sodann „Reformen“ genannt wurde, die die Technokraten der sog. Troika den „Schuldenstaaten“ dann auch auferlegten.<sup>2</sup>

Das Ende des „Markttriumalismus“ bedeutet unter anderem lediglich, dass auf allzu steile ökonomistische Thesen (etwa: „Gewinnmaximierung ist die beste Unternehmensethik“) eher verzichtet wird, von Ausnahmen hier und dort abgesehen (etwa Vaubel 2013). Es bedeutet etwa, dass neuerdings aus der Mitte der Disziplin zugestanden wird, dass der Wettbewerb nicht nur Gewinner, sondern systematisch auch Verlierer schafft, und angemahnt wird, die Ökonomen sollten sich von „alten Floskeln“, die das Gegenteil behaupten, verabschieden (Kirchgässner 2009, 455). Und es bedeutet etwa, dass ein Jahresgutachten des Sachverständigenrates unter dem Titel „Mehr Vertrauen in Marktprozesse“ nicht mehr so ohne weiteres ernst genommen wird (Heinrich 2014). Seit 2008 stellt man sich nicht mehr ins Abseits, wenn man sich gegen die Herrschaft des Marktprinzips ausspricht. Dazu haben auch marktkritische, teilweise revozierende Stellungnahmen zahlreicher Exponenten des konservativen Establishments beigetragen (Moore 2011, Carney 2014, Schirrmacher 2013).

Damit ist, jedenfalls im Prinzip, der Weg frei, wieder (oder erstmals?) systematisch nach dem Status zu fragen, der der Entfaltung der Marktlogik in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik zukommen soll. Diese Frage rückt die Integrative Wirtschaftsethik (Ulrich 2008, Thielemann 2015) ins Zentrum ihres ethisch expliziten Thematisierens des Wirtschaftens. Dabei behauptet sie, dass die – eo ipso normative – Statusfrage immer schon und sinnhaft unausweichlich den Kern der Botschaften ökonomischer Theoriebildung bildet. Allerdings ist die etablierte Ökonomik, mit je unterschiedlichen Gewichten und innerlich mehr oder minder konsequent, grundsätzlich marktapologetisch (ökonomistisch) ausgerichtet, wobei die Verteidigung des Marktprinzips sich als „der ökonomische Standpunkt“ zu verstehen gibt. Der Anspruch der „Wertfreiheit“, den die neoklassische Standardökonomik erhebt, ist zu dechiffrieren als Abwehr einer ethisch expliziten Diskussion der Statusfrage.<sup>3</sup>

## 2. Was ist falsch am „freien Markt“?

Nachdem damit der Weg frei ist, den Anspruch der unumschränkten Geltung des Marktprinzips zurückzuweisen, stellt sich die Frage, was genau an dessen Herrschaft systematisch falsch sein könnte. Hierfür bieten sich, auf der Basis kursierender Theorien, fünf mögliche Anknüpfungspunkte an. Diese mögen allein oder in dieser oder jener Kombination die Last der Klärung der Bedingung der Möglichkeit der Gerechtigkeit der mehr oder minder weitreichenden Entfaltung der Marktlogik tragen.<sup>4</sup>

1. „Der Markt erzeugt externe Effekte.“ Zwar wird eher selten der systematische Grund für eine praktizierte Wirtschaftsethik (bzw. für die Nichtannahme des Prozessierens „freier“ Märkte) ausdrücklich in der Möglichkeit „externer Effekte“ erblickt.<sup>5</sup> Doch liegt diese Auffassung in der logischen Konsequenz des separativen Verständnisses von Wirtschaftsethik (Ulrich 2011, 2ff.; Thielemann 2009, 150ff.). Ob man hier einen engen Begriff von externen Effekten in Anschlag bringt (nämlich als physische Einwirkung auf Dritte, die im Zug von Markthandlungen auch anfallen mögen) oder einen weiten Begriff, der alle denkbaren weiteren „Nebenwirkungen“ des Marktverkehrs einschließt, jedenfalls setzt dieses Verständnis voraus, dass *marktintern* alles in Ord-

---

<sup>2</sup> Insofern wurde die neoliberale Politik „ausgerechnet durch ihr Scheitern: durch die globale Finanz- und Wirtschaftskrise ... radikalisiert und europäisiert“ (Kaufmann 2015a).

<sup>3</sup> Vgl. zur faktischen Normativität des ökonomischen Rationalitätsanspruchs Ulrich (2008, 108ff.); vgl. zur Unmöglichkeit des Anspruchs auf Wertfreiheit Thielemann (2010, 59ff.; 2014).

<sup>4</sup> Wie sich zeigen wird, ist diesen Problemsichten allerdings gemein, dass sie eine Begrenzung der Entfaltung der Marktlogik *an und für sich* nicht vorsehen.

<sup>5</sup> Eine Ausnahme bildet Löhr (1991, 284): „Die praktischen Anlässe (für ein unternehmensethisches Engagement und, insofern diese ihrer Verantwortung nicht nachkommen, auch für Regulierung, A.d.V.) sind vielfältigster Art und können zusammenfassend am besten mit dem Begriff der ‚externen Effekte‘ umschrieben werden.“

nung ist (Thielemann 2014a). Innerlich konsequent wäre sogar die Annahme, dass, da die Marktlogik in dieser Konzeption als in sich unproblematisch angesehen werden muss, sie gleichsam zum Vorbild dient und letztlich das Marktprinzip in den Rang des Moralprinzips erhoben wird.<sup>6</sup>

2. „Es gibt Marktversagen.“ Dass die empirisch gegebene Entfaltung der Marktlogik nicht unbedingt zu „guten“ Ergebnissen führt, gestehen auch Standardökonominnen zu – und fassen dies mit dem Begriff des „Marktversagens“.<sup>7</sup> Hierbei „versagt“ der reale Markt normativ mit Blick auf die „Idealbedingungen“, die dem *Prinzip Markt* zugeschrieben werden (Fritsch/Wein/Ewers 2005, 2; Sinn 2014). Denn offenbar realisiert sich dieses gelegentlich nur „unvollkommen“. Es handelt sich um Ausnahmetatbestände von der normativen Regel, wie auch immer diese systematisch erklärt werden mögen. Das Marktprinzip selbst kann in dieser Konzeption nicht „versagen“, sondern wird im Gegenteil als normatives „Referenzsystem“ (Fritsch /Wein/Ewers 2005, 5) des „Versagens“ realer Märkte ethisch vorausgesetzt. Die im Konzept des Marktversagens vorausgesetzte normative Gültigkeit des Marktprinzips zeigt sich etwa darin, dass jeder politische Anspruch der Gestaltung der Marktinteraktionsverhältnisse „zu rechtfertigen“ ist (offenbar: gegenüber den Ökonomen als den Hütern des Marktprinzips) und er nur dann gerechtfertigt ist, wenn gezeigt werden kann, „dass der Markt in dem betreffenden Bereich ‚versagt‘“ (Fritsch/Wein/Ewers 2005, 1). Konsequenterweise muss Marktregulierung, überhaupt alle Wirtschaftspolitik, als Herstellung oder Simulation vollkommener Märkte vollzogen werden. Ökonomen verstehen sich hierbei zunächst als „Spürhunde“, die die *reale* Wirtschaft ständig „nach Marktfehlern“ bzw. nach „Abweichungen von der Norm“ „vollständige Konkurrenz“ [innerlich konsequenter: vollkommener Wettbewerb] absuchen, sodann als Ärzte, die Therapien zur „Gesundung“ vorschlagen (Sinn 2014).
3. „Der Markt verteilt seine Ergebnisse ungerecht.“ Die Frage der Fairness der Verteilung der monetären und *damit* der materiellen Früchte des arbeitsteiligen Wirtschaftsprozesses bildete immer schon eine wesentliche Dimension der Marktkritik, wenn nicht ihr Zentrum. Die Verteilungsfrage ist heute von besonderer Aktualität, da das mit hohem Aufwand aufbereitete empirische Datenmaterial die Vermutung stetig wachsender Einkommens- und Vermögensdisparitäten bestätigt<sup>8</sup> und ersichtlich werden lässt, dass die Jahrzehnte der „great compression“ (der Einkommens- und Vermögensdisparitäten der Belle Époque) durch das Wirtschaftsregime der Nachkriegszeit, das in Deutschland unter dem Titel „Wohlstand für alle“ firmierte und in Frankreich als „Trente Glorieuses“ bezeichnet wird, abgelöst wurde durch das neoliberale Regime, dessen Kern sich in der Hofierung des Kapitals erblicken lässt.<sup>9</sup> Stiegen die Einkommen in der Nachkriegszeit (bis 1995) noch etwa gleichmäßig an, mit leicht tieferen Zuwächsen im oberen Bereich der Einkommensverteilung, so verzeichnen die unteren 90 Prozent der Einkommensbezieher seit 1995 real Verluste, so dass das gesamte Wachstum und mehr als dieses zu den Top 10 Prozent floss.<sup>10</sup> Dass es sich dabei im Wesentlichen um Kapitaleinkommen handelt, erhellt der Umstand, dass in Deutschland seit dem Jahre 2000 das gesamte Wachstum den Beziehern von Unternehmens- und Vermögenseinkommen zufließt (Jahnke 2014, 76). Klärungsbedürftig ist allerdings, welcher Stellenwert einer fairen bzw. leistungsgerechten Einkommensverteilung<sup>11</sup> für die Bestimmung der Gerechtigkeit (und Sinnhaftigkeit) der Marktverhältnisse zukommt.

---

<sup>6</sup> Dies ist die These meiner Dissertationsschrift „Das Prinzip Markt“ (Thielemann 1996).

<sup>7</sup> Hierunter fallen selbstverständlich auch „externe Effekte“, weshalb wir es mit einer erweiterten und formaleren Fassung dieser Problemsicht zu tun haben.

<sup>8</sup> Die verfügbaren Datenreihen aller einschlägigen Untersuchungen zeigen sowohl für die Einkommensdisparitäten als auch für die Vermögensverteilung nach oben. Vgl. die Übersicht in Trabold (2014, 123ff.) sowie Piketty (2014).

<sup>9</sup> Dieser Erklärung favorisiert auch Trabold (2014, 128f.).

<sup>10</sup> Krämer (2014, 4).

<sup>11</sup> Dies ist eine politische Frage, die historisch-situational zu beantworten ist. Vgl. zum Typus der Frage Thielemann (2012a).

4. „Der Markt kolonialisiert die Lebenswelt.“ Dieser Kritik zufolge drängt die Marktlogik aus der ihr angestammten Sphäre „der Wirtschaft“ in immer weitere Lebensbereiche, „kolonialisiert“ diese mit ihren „Systemimperativen“, so dass diese „an der Integrität der Lebenswelt ... ihre Grenze“ *nicht mehr* finden (Habermas 1981, 507). Diese Kritik, die sich auch als Ökonomisierungskritik fassen lässt (allerdings bloß im Felde marktexterner Effekte), wurde jüngst von Michael Sandel (2012, 7, 79, passim) erneuert: Das „Eindringen von Märkten und Marktwerten in Lebensbereiche“, die „traditioneller Weise von nicht-marktlichen Werten bestimmt werden“, „korrumpiert“ diese moralisch.
5. „Der Markt ist vom Mittel zum Zweck geworden.“ Die These der „Verkehrung von Zweck und Mittel“ betrifft in unserem Zusammenhang nicht, jedenfalls nicht unmittelbar, individuelle Handlungsmotive, etwa die „Akkumulation um der Akkumulation ... willen“ (Marx 1867, 621) oder des „Erwerbens als Zweck“ statt „als Mittel zum Zweck der Befriedigung“ der „materiellen Lebensbedürfnisse“ des Menschen (Weber 1920, 35f.), sondern den *Interaktionszusammenhang* des wettbewerblichen Marktes. Diese „Verkehrung“ tritt mit einer „allzu grenzenlos enthemmten und entfesselten Marktwirtschaft“ ein: „Statt dass die ‚Volkswirtschaft‘ leistet, was der Begriff verspricht, indem sie der ganzen Bevölkerung dient, muss diese sich immer mehr den anonymen und angeblich ‚alternativlosen‘ Sachzwängen des internationalen Standortwettbewerbs unterwerfen.“ (Ulrich 2013)

In dieser Verkehrungsthese dürfte der Kulminationspunkt der bislang referierten Marktkritik zu erblicken sein. Jedenfalls unterliegen alle der bislang referierten Positionen, so sie allein oder in Kombination ein vollständiges Bild zu zeichnen beanspruchen, einem Einwand, der sich insbesondere an der instrumentelle Sicht des Marktes aufzeigen lässt. Darum wird im Folgenden der Frage nachgegangen, ob es ethisch angemessen ist, den Markt (bzw. den Wettbewerb, der mit dessen Entfaltung untrennbar verbunden ist, vgl. Thielemann 2010, 31ff., 147ff.) als ein Mittel zu begreifen.

### 3. Der Markt als Instrument?

Eine instrumentelle Sicht der Marktinteraktionsverhältnisse wird von einem erstaunlich heterogenen Kreis von Autoren vertreten. So stellen insbesondere Ordoliberaler die „dienende Funktion“ des Marktes heraus: „Der Markt ist ein Mittel zum Zweck, ist kein Selbstzweck.“ (Rüstow 1961, 68) Und bereits Walter Eucken und Franz Böhm (1948, XI) hielten im programmatischen Vorwort zur ersten Ausgabe des Jahrbuchs ORDO, dem Leitorgan der Ordoliberalen, fest: „Wettbewerb ... ist Mittel, aber nicht letzter Zweck.“ Auch Müller-Armack (1966, 111f.) betont den „instrumentellen Charakter der Marktwirtschaft“. Diese begreift er als ein „formalwirtschaftliches Verfahren“, welches sich „in die verschiedensten Datenkonstellationen“ einfügen lasse. Seine instrumentelle Qualität bestehe „auf der einen Seite“ darin, „der Produktion die Dringlichkeit der volkswirtschaftlichen Verwendungsbegehren“ zu „signalisieren“, aber „auf der anderen Seite“ auch darin, „dem Konsum“ den „Knappheitsgrad der Erzeugungsmittel“.

Die praktische Konsequenz, die Michael Sandel (2012, 10f., 89; 2013) aus seiner Kritik des Eindringens der Marktlogik in gesellschaftliche Sphären „jenseits des Bereichs materieller Güter“ zieht, lässt sich darin erblicken, den Markt als „Instrument“ zu begreifen: „Die Marktwirtschaft ist ein Werkzeug, um Dinge zu organisieren“; sie ist „ein schlichter Mechanismus, Güter zu verteilen.“ Sie dürfe nur nicht zu einer „Marktgesellschaft“ totalisiert werden, in der alles käuflich bzw. verkäuflich wäre. In dieser instrumentelle Sicht des Marktes ist sich Sandel mit zahlreichen Kommentatoren und Exponenten des politischen Lebens einig, die vor allem nach den Eruptionen der Finanzkrise den instrumentellen Charakter „des Marktes“ betonten. Dieser sei zwar ein „guter Diener“, aber „kein Selbstzweck“ und überdies ein „schlechter Bestimmer [bad master]“ (Monti 2010). Zuweilen sei er allerdings zu einem „Selbstzweck“ geworden, obwohl er doch eigentlich „ein Mittel zum Zweck“ sei; es stelle sich daher die Frage: „Wie können wir zu einer Wirtschaft zurückfinden, die der Menschheit dient?“ (Sarkozy 2010)

Dass „die Märkte“ „den Menschen“ zu dienen haben, darüber scheint ein breiter politischer Konsens zu bestehen. So wollen die beiden Politiker der Grünen, Reinhard Bütikofer und Sven Giegold (2011), „die Märkte in den Dienst sozialer und ökologischer Entwicklung“ stellen, wozu ein „effektiver Ordnungsrahmen für die globale Wirtschaft zu schaffen“ sei, durch den eine neue „wirtschaftliche Dynamik entfesselt“ werden soll. Auch die ökonomistische Wirtschaftsethik sieht in „der Marktwirtschaft“ ein „Instrument“, und zwar „das beste bisher bekannte Instrument zur Verwirklichung von Freiheit und Solidarität aller Menschen“ (Homann 2007). Schließlich sei „der Markt für die Menschen da“ (Suchanek 2011, 198) – und nicht umgekehrt „die Menschen“ für „den Markt“, wäre wohl hinzuzufügen, wie immer man sich dies sollte vorstellen können. Die Betonung des instrumentellen Charakters von Markt und Wettbewerb durch die Marktapologetik dürfte unter anderem damit zusammenhängen, dass ihrer nicht ganz unplausiblen Auffassung nach „die Marktwirtschaft“, vor allem eine ungezähmte Entfaltung ihrer wettbewerblichen Eigendynamik, „allgemein zustimmungsfähig nur dann ist, wenn der Markt lediglich ein Instrument der Gesellschaft, eine Teilordnung darstellt...“ (Homann/Pies 1994, 9) bzw. als solche erscheint.

Bei so viel Übereinstimmung stellt sich die Frage, worin denn überhaupt noch Dissens bestehen könnte. Nun, er besteht in der Frage, ob der Markt ein neutrales oder nicht-neutrales Instrument ist. Nach Sandel (2012, 61) ist der Markt zwar ein Instrument, aber kein „unschuldiges“. Märkte seien bloß „vorgeblich neutral“ (Sandel 2014). Ansonsten gäbe es ja auch keine Begründung dafür, die dem Markt offenbar inhärente Tendenz des Eindringens seiner Logik in andere gesellschaftliche Sphären Einhalt zu gebieten und die „Reichweite von Märkten“ räumlich zu begrenzen (Sandel 2012, 11). Andererseits wird dann unklar, welchen Sinn die Rede vom Markt als Mittel noch haben soll. Denn dieser besteht ja darin, die markt-wettbewerblichen Interaktionsverhältnisse an und für sich für neutral zu erklären und d.h., der kritischen Thematisierung zu entziehen (Thielemann 2010, 424f; ders. 2009, 98ff.). Man braucht sich dann nicht mehr im Einzelnen mit ihnen zu beschäftigen, weil sie als ethisch unbedenklich und damit als pauschal legitim gelten.<sup>12</sup> Sie können allenfalls ein für diesen oder jenen Zweck untaugliches Mittel darstellen. Das ist das Argument von Sandel, der diesbezüglich dem Zweck-Mittel-Denken verhaftet bleibt.

Insofern ist es, jedenfalls mit Blick auf deontologisch-ethische Gesichtspunkte, nur konsequent, den wettbewerblichen Markt für neutral zu erklären, ob nun ausdrücklich unter Hinweis auf seinen instrumentellen Charakter oder nicht; beides läuft ohnehin auf das Gleiche hinaus. So erklärt Eucken (1952, 378) den „Lenkungsmechanismus der Verkehrswirtschaft, ... das Preissystem“ kurzerhand für „neutral“, also für ein beliebig und unter allen Umständen einsetzbares „Mittel“, welches einzusetzen, wie Müller-Armack (1966, 87, 126) ergänzt, eine „Zweckmäßigkeitsfrage“ sei, denn schließlich sei „die Marktwirtschaft“ ein „formales und neutrales Organisationsmodell“. Da „der Wettbewerb“ (der mit dem Markt gleichzusetzen ist) als Mittel selbst keine ethischen Probleme bergen kann, lasse er sich in den Dienst „praktisch jeden legitimen Staatsziels“ stellen, wobei vorher bloß die „wirtschafts- oder sozialpolitische Entscheidung zu treffen“ sei, auf die er sodann auszurichten sei (Backhaus 2012, 69). Und um an der unbedingten Legitimität des Wettbewerbs als eines „Verfahrens“ keinen Zweifel aufkommen zu lassen, wird gemahnt, dass der Wettbewerb „unbeschränkt“ seine Wirkung entfalten können müsse, ansonsten wären diese beliebigen Vorgaben nicht „ohne Effizienzverlust zu erreichen“ (ebd.). Kurzum: „Marktwirtschaft ist nur ein Instrument, aber das beste.“ (Andreae 1994, 219-235)

---

<sup>12</sup> Dieser Gedanke wurde im Kern bereits von Gunnar Myrdal (1933, 309 ff.) formuliert: Die Reduktion der „Wertsetzung“ auf den „Zweck“ hat den Sinn der (unzulässigen) „Neutralisierung“ der Mittel. Vgl. auch Ulrich (2008, 138): „Die ethische Neutralisierung einer rein ökonomischen Problemstellung kann nicht gelingen, denn sie setzt zum ersten die unhaltbare Vorstellung voraus, dass die eingesetzten Mittel (natürliche Ressourcen, menschliche Arbeit, Kapital) keinen Eigenwert haben...“

#### 4. Eine alternative Sicht: Markt als Interaktionsfeld

Die Ausgangsfrage, die die objektivierende Sicht auf den Markt-Wettbewerbs-Nexus als eines „Mittels“ sofort ethisch destruiert, ist rasch formuliert: Wer macht hier wen zum Instrument? Dass im Markt Menschen miteinander – und, qua Wettbewerb, gegeneinander – interagieren, wird hierbei ebenso vergessen, wie der elementare Grundsatz übergangen wird, dass Interaktionsverhältnisse nicht etwa „effizient“ (d.h. nützlich, für wen auch immer), sondern vorrangig gerecht zu sein haben.

Dem instrumentellen und schon darum gerechtigkeitsvergessenen Paradigma von Ökonomik ist das interaktionistische Paradigma entgegenzustellen. Die Ausgangsfrage einer entsprechenden, ethisch-integrierten Markttheorie lässt sich so formulieren: In welcher besonderen, möglicherweise problematischen Weise setzen sich die wirtschaftenden Akteure, die Beteiligten und die Betroffenen des marktwirtschaftlich-wettbewerblichen Interaktionsnexus, ins Verhältnis oder werden je nachdem ins Verhältnis gesetzt? Da hier Interessen aufeinandertreffen, selten allerdings in so ohne Weiteres durchschaubarer Weise, besteht hier eine spezifische Aufklärungsaufgabe einer ethisch fokussierten Markt- und Wettbewerbstheorie als Politischer Ökonomie.

Die unter ethisch gehaltenen Gesichtspunkten zu untersuchende Marktinteraktionslogik ist, wie sie ist. Sie ist ahistorisch. Sie ergibt sich aus elementaren Handlungsvollzügen, nämlich dem geldvermittelten Vorteilstausch.<sup>13</sup> Wenn beispielsweise ein Unternehmen ein „innovatives“ Produkt erfolgreich auf den Markt bringt, dann steigt der Wettbewerbsdruck für andere Marktteilnehmer, nämlich für seine Konkurrenten. Historisch und damit auch gestaltbar ist hingegen die Intensität und Extensität, mit der sich die wettbewerbliche Marktlogik entfaltet. Die Intensität betrifft die Radikalität, mit der innerhalb der im Grundsatz marktförmigen Wirtschaft die Marktlogik entfaltet wird. Die Extensität betrifft das Eindringen der Marktlogik in andere Gesellschaftsbereiche – soweit eine „sphärische“ (Sandel) Grenzziehung heute noch möglich ist. Die Frage nach dem normativen Status der Marktlogik ist eine Frage des Maßes, und zwar sowohl in handlungs- bzw. individual- bzw. mikroethischer als auch in politisch- bzw. makroethischer Hinsicht.

In mikroethischer Hinsicht, also auf der Ebene des Markttauschs (Kaufen und Verkaufen), setzt die ökonomische Standardökonomie die vollste Entfaltung der Marktlogik bereits grundbegrifflich voraus. Darin lässt sich ihr mikroethischer Sündenfall erblicken (Thielemann 2009, 36ff., 66ff.): In der Erklärung strikten Eigeninteressestrebens (Nutzen- bzw. Gewinnmaximierung) zum Inbegriff von „Rationalität“, so dass dem Nachwuchs die Botschaft mit auf den Weg in die Praxis gegeben wird, die Max Frisch (1990, 465) sarkastisch mit den Worten gefasst hat: „Vernünftig ist, was rentiert.“ In der legitimatorischen Gleichsetzung von Erfolgs- und Durchsetzungsrationalität mit praktischer Vernunft überhaupt liegt das Identitätsprinzip der ökonomistischen Ökonomik. Zwar mag die Verhaltensökonomik mit der Annahme, dass der Vorteil alles sei, was im (Vorteils-)Tausch auf empirischen Märkten zählt, gebrochen haben, nicht aber mit Botschaft, dass dies alles sei, was zählen darf und soll.<sup>14</sup>

Dass in den empirisch vorfindlichen Marktinteraktionsbeziehungen auch andere Wertgesichtspunkte als allein der (im Vergleich zu anderen Verwendungen) relative Marktvorteil präsent sind, dass diese also in gewissen Maßen in Werte der Legitimität, Verantwortbarkeit und Sinnhaftigkeit „eingebettet“ (Polanyi, Röpke) sind, zeigt sich darin, dass ein kapitalistisch radikalisiertes Management seine Aufgabe zunehmend darin erblickt, diese rentabilitätsfremden Gesichtspunkte aktiv aus den Unternehmen zu eliminieren, wofür es, da dies, wenn „richtig“ durchgeführt, die Gewinne steigen lässt, als „Agent“ des Kapitals von diesem als dem „Prinzipalen“ des Unternehmens fürstlich entlohnt wird (Thielemann 2009, 4ff., 65ff.). Auf dieser Ebene der Thematisierung setzt die Verdinglichungskritik an, die sich eben nicht allein auf eine wie auch immer abgrenzbare „Sphäre“ außerhalb

---

<sup>13</sup> Vgl. zu einem Versuch einer entsprechenden elementaren Theorie der Marktinteraktion Thielemann (2010, 25ff.; 2009, 33ff., 65ff.; 2000a).

<sup>14</sup> Ansonsten müsste sie sich von ihrem Verständnis von „Rationalität“ als instrumenteller Vernunft verabschieden. Dass sie es nicht tut, manifestiert sich insbesondere darin, dass die Erfolgrrationalität vom Gegenstand zum Adressaten der Theorie wandert, dem lukrative Vorteile aus der (wie auch immer empirisch feststellbaren) Erkenntnis der „Irrationalität“ des Verhaltens „der Menschen“ geboten werden. Vgl. Thielemann 2012.

„der Wirtschaft“ zu beschränken hat; ebenso die Verteilungskritik, insbesondere mit Blick auf die Fairness der Verteilung der nur gemeinsam erreichbaren Wertschöpfung.

Die Individualethik, einschließlich der Unternehmensethik, stößt allerdings rasch an ihre Grenzen, was die integrative Wirtschaftsethik auf der Ebene der Individualethik mit der Kategorie der (Un-)Zumutbarkeit fasst. Dies hängt systematisch mit der systemischen Kraft des Wettbewerbs zusammen, der instanzlos abläuft, weshalb Verantwortung „unter den Bedingungen“<sup>15</sup> des (globalen) Wettbewerbs aus der subjektiven Sicht der Beteiligten auf „Eigenverantwortung“ zusammenschrumpft (Thielemann 2010, 46ff., 363f.). Der Wettbewerb, mit dem eine Makroethik anzusetzen hat, ist aber auch selbst als eine originäre Quelle ethischer Probleme zu fassen; es handelt sich hierbei zugleich um eine politische Ethik, da die Adressaten ihrer Bewältigung politische Akteure sind. Der Kern dieser ethisch-politischen Problematik besteht darin, dass der Wettbewerb, der ja als Kraftzentrum der Wohlstandserzeugung (in Form einer wachsenden Güterfülle) gilt und dies auch ist, jedenfalls soweit diesbezüglich „sinnlose Katastrophen“ (Schumpeter 1942, 172) durch Überforderung der Beschäftigten ausbleiben, ein Prozess der „Schöpfung“, d.h. wechselseitiger Tauschvorteile, ist und dabei zugleich unausweichlich der „Zerstörung“, nämlich bestehender Einkommenspositionen (Schumpeter 1942, 134 ff.; Thielemann 2010, 160 ff.). Wettbewerb schafft Gewinner und damit unvermeidlich Verlierer. Selbstverständlich besteht darin die Quelle des Wachstumszwangs (Thielemann 2010, 357ff.): Die Beschäftigten müssen ihre Produktivität und letztlich ihre Produktion steigern, um den (drohenden oder bereits eingetretenen) Einkommensverlust zu kompensieren. Dies ist, nachdem die moderierenden Institutionen im Zug der neoliberalen Wende geschliffen wurden, die Quelle der endemischen Statusangst und Abstiegsanxiety (Bude 2014, Grünewald 2013), überhaupt der Ökonomisierung der Lebensverhältnisse und des Selbst. Aufgrund der „positionalen“ Logik des Wettbewerbs (Ulrich 2008, 243f.) ist ein individueller Ausweg nur unter extrem hohen Risiken (nämlich bald „Hartz IV“ beantragen zu müssen) möglich. Abgesehen davon besteht die eigentliche politisch-ökonomisch relevante, deontologisch-ethische Frage: Wer zwingt hier wen (über welche „verbergenden“ Kanäle) zum Lebensunternehmertum und mit welchem Recht?<sup>16</sup>

All dies muss die Instrumentaltheorie des Marktes als gegeben hinnehmen, da sie die Marktinteraktionsverhältnisse, die sie gar nicht eigentlich als Interaktionsverhältnisse begreift, der ethisch-kritischen Thematisierung entziehen muss. Sie kann sich allenfalls mit den Folgen der eigendynamischen Selbstverschärfung des Wettbewerbs und des wachsenden ökonomischen Extremismus<sup>17</sup> *außerhalb* der Marktsphäre beschäftigen. Sie muss aber auch dann, wenn sie diese Folgen kritisch beleuchtet, die zunehmend reinere Entfaltung der Logik wettbewerblicher Märkte selbst (mindestens „in der Wirtschaft“) billigen und damit, vielleicht *contre coeur*, rechtfertigen. Dieser „Reflexionsstopp“ vor den Marktverhältnissen als einer „sozialen Praxis“ (Ulrich 2008, 110) soll im Folgenden an zwei Beispielen erläutert werden: der wohl verbreitetsten (natürlich: normativen) Sicht auf die Finanzmärkte bzw. auf das Kapital als dem „Diener der Realwirtschaft“ sowie das gegenwärtig kontrovers diskutierte US-europäische Freihandelsabkommen TTIP, das nach verbreiteter Auffassung eine gute Sache sei, wenn nur die sozialen und ökologischen Nebenbedingungen stimmen.

## 5. Das Kapital als „Diener der Realwirtschaft“<sup>18</sup>

Seit etwa 2008 gibt es einen neuen, praktisch alle politischen Lager übergreifenden Konsens (oder eher: eine Selbstvergewisserung) bezüglich der Rolle, die „die Finanzmärkte“, „der Finanzsektor“, „die Banken“ oder eben das Kapital spielen soll. Es soll nämlich „Diener der Realwirtschaft“ sein.<sup>19</sup>

<sup>15</sup> Ein Strang der Rechtfertigung des Marktprinzips durch die ökonomistische „Wirtschaftsethik“ Karl Homanns (2007) besteht darin, Gerechtigkeitsansprüche „unter den Bedingungen“ der Marktverhältnisse prozessieren zu lassen, womit jene von diesen abhängig werden. Vgl. zum Ganzen Thielemann (2000).

<sup>16</sup> Vgl. zu den beiden wettbewerbsethischen Grundfragen Thielemann (2010, 329ff.)

<sup>17</sup> Vgl. exemplarisch Rügemeier (2007), Schultz (2014).

<sup>18</sup> Vgl. ausführlicher Thielemann (2012c).

<sup>19</sup> Vgl. Ackermann (2011): Bütikofer/Giegold (2011, 13, 19, 21); Stiglitz (2011, 32, 67); Wagenknecht (2012, 37, 287).

Und diese Rolle erfüllt es, wenn es investiert und so Arbeitsplätze schafft und die Wirtschaft „ankurbelt“. Diese Sicht (und einer ihrer politischen Konsequenzen) bringt Thomas Jorberg (2008), Vorstandssprecher der GLS Bank, gut auf den Punkt:

„Finanzdienstleistungen, die der Realwirtschaft dienen, sind möglichst wenig zu regulieren, um nicht ihre wohlfahrtssteigernden Wirkungen zu zerstören, während Finanzprodukte, die keinen direkten Bezug zur Realwirtschaft haben, zu verbieten sind.“

Diese Sicht unterscheidet sich im Kern nicht von der herrschenden Meinung vor der Krise, der zufolge „sozial ist, was Arbeit schafft“,<sup>20</sup> wobei die politische Auseinandersetzung allein darum kreiste, ob es jeder bzw. jeder „wettbewerbsfähige Arbeitsplatz“ sei, der als „sozial“, also als allgemein willkommen zu gelten habe (Borchard/u.a. 2008) oder nur ethisch qualifizierte Formen der Beschäftigungen, etwa im Sinne „guter Arbeit“ (DGB 2008). Dabei ist es das Kapital, sei es in der Form von Fremd- oder Eigenkapital, welches Arbeitsplätze unmittelbar schafft, weshalb der Slogan „Vorfahrt für Arbeit“ (Köhler 2005) zu übersetzen ist in „Vorfahrt fürs Kapital“ – nun mit der einzigen Einschränkung bzw. Präzisierung, dass die kostbaren Finanzmittel nicht in Spekulationsgeschäften „verschwendet“ werden dürfen (Hankel/Isaak 2011, 22). Die Konsequenz dieses neoliberalen Glaubensbekenntnisses hat Hans-Werner Sinn (2005) formuliert:

„Deutschland muss das Unternehmerkapital hofieren, weil nur dadurch Innovationen, Wachstum und Arbeitsplätze gewährleistet sind.“

Wohlgemerkt: „das Unternehmerkapital“, nicht das Spekulationskapital.

Doch *wem genau* in der Realwirtschaft dient das Kapital, wenn es denn tatsächlich investiert wird? Es muss ja erstaunen, dass all jene, die „der Realwirtschaft“ „dienen“ wollen (durch das Investieren von nicht im Produktions-Konsumtions-Kreislauf verausgabten Einkommensbestandteilen),<sup>21</sup> diese als eine konfliktfreie Sphäre menschlicher Interaktion ansehen müssen – wenn überhaupt als Interaktionsfeld und nicht gleich als naturalisiertes, menschenleeres „Modell“ oder entvölkerten „Marktmechanismus“. Natürlich dient das Kapital, vor allem soweit es höchstmögliche Returns on Investment erzielen will, den in besonderem Maße wettbewerbsfähigen Marktteilnehmern. Es stärkt diese wettbewerbslich, qua Überbrückungskredit zwischen „Innovation“ und prospektiv steigenden Umsätzen, damit die solcherart gestärkten Beschäftigten Einkommensströme von anderen Beschäftigten, ihren Wettbewerbern nämlich, auf sich selbst (und damit auf die Investoren) umzuleiten in der Lage sind. Das Kapital ist nicht der Diener, sondern die Peitsche der Realwirtschaft.

Es ist allerdings eine weitgehend unsichtbare Peitsche.<sup>22</sup> Sichtbar sind die geschaffenen Arbeitsplätze, der neu erlangte Einkommensstrom (der denjenigen zufließt, die sich nach marxistischer Lesart „ausbeuten“ lassen, dies aber gerne geschehen lassen, da es in der Regel besser ist als die vorausgegangene Lage), das endlich (wieder) erzielte Gehalt, kurzum: sichtbar ist die „Schöpfung“. Die „Zerstörung“ erfolgt systematisch unsichtbar, schon allein, weil die Käufer, die nun abwandern, in der Regel Unbekannte und weil sie zahlreich sind, auch, weil diejenigen, zu denen sie abwandern ebenso unbekannt und zahlreich sind, zumal im Regime „offener Märkte“ und damit latenten Wettbewerbs. Weil die „Schaffung“ stets mit der „Zerstörung von Arbeitsplätzen einhergeht“ (McKenzie 1988, 10), dient der Wettbewerb (den das investierte Kapital wesentlich vorantreibt) nicht einfach, wie die Marktapologetik behauptet, „der Allgemeinheit“, nämlich „in ihrer Rolle als Konsumenten“ (Homann 2007, 32), sondern, da Konsumenten (von Rentiers einmal abgesehen) systematisch auch

<sup>20</sup> Vgl. zur politischen Geschichte knapp [www.politische.unklarheiten.de/Politik/Demokratie/Lobbyismus/INSM/Sozial-ist-was-Arbeit-schafft](http://www.politische.unklarheiten.de/Politik/Demokratie/Lobbyismus/INSM/Sozial-ist-was-Arbeit-schafft).

<sup>21</sup> Wir sehen hier von unmittelbarem Druck auf die Beschäftigten eines Unternehmens durch ein ökonomisch radikalisiertes Management (Thielemann 2009, 4ff., 65ff.), sei es in Form von Kostensenkungen (die stets Einkommensreduktionen bei anderen entsprechen) oder Arbeitsverdichtung ab.

<sup>22</sup> Hier zeigt sich die realökonomische Bedeutung der, von quasi-religiösem Harmonieglaben befreiten, Formel von der „unsichtbaren Hand“ des Marktes.



Produzenten sein müssen, sonst verfügen sie nicht über die nötige Kaufkraft, den wettbewerbswilligen und -fähigen Marktteilnehmern – und natürlich dem Kapital selbst.

Auf der Basis dieser fundamentalökonomischen Zusammenhänge und vor dem Hintergrund des Umstandes, dass die neoliberale „Hofierung“ des Kapitals, die sich aus der Negierung dieser Zusammenhänge ergab, die relativen Kapitalbestände und damit die volkswirtschaftlichen Verschuldungsgrade bzw. das Kapital-Volkseinkommens-Verhältnis deutlich anschwellen ließ (Piketty 2014, 294), lässt sich die These entwickeln, dass die Finanzkrise darin besteht, dass die Beschäftigten dieser Welt darin überfordert sind, die dem deutlich angeschwollenen Kapitaltopf korrespondierenden Renditen zu erwirtschaften und den Kapitaldienst verlangtermaßen zu leisten (Thielemann 2014b). Der Druck, der zur Überforderung führt, entspringt dabei nicht allein, jedenfalls nicht systematisch und nicht aufs Ganze gesehen, dem unmittelbaren Verhältnis zwischen „Arbeitnehmern“ und „Arbeitgebern“, sondern dem weitgehend „unsichtbaren“ Verhältnis eines globalen Wettbewerbs, der die Beschäftigten dieser Welt gegeneinander in Stellung bringt.

## 6. TTIP: Ist Freihandel immer gut, wenn nur die Nebenbedingungen stimmen?

### 6.1. Markttextremismus als Programm

Die Verkenning der markt-wettbewerblichen Interaktionszusammenhänge zeigt sich aktuell besonders eindrücklich bei den derzeit verhandelten Freihandelsabkommen, insbesondere der „Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft“ (TTIP). Dabei geht es, nachdem die Zölle bereits weitgehend abgebaut wurden, um den Abbau nicht-tarifärer „Handelshemmnisse“, und zwar, wie das Mandat des EU-Ministerrats verrät, „auf der Grundlage des höchsten Liberalisierungsniveaus und der höchsten Schutzstandards [für Investitionen], die die beiden Vertragsparteien bis dato ausgehandelt haben“, um von da aus das „ehrgeizige Ziel“ einer „umfassenden“ und „tatsächlichen Öffnung der Märkte“ voranzutreiben (Rat der Europäischen Union 2014). Von dem erreichten „Liberalisierungsniveau“ soll es kein Zurück mehr geben können, so dass ihm eine Ewigkeitsgarantie zukäme. Dies gilt jedenfalls für das bereits paraphierte, aber noch nicht ratifizierte europäisch-kanadische Freihandelsabkommen CETA, welches vom gleichen Geist beseelt ist und als Vorbild für TTIP gilt. CETA sieht eine sog. Ratchet-Klausel vor, die besagt, dass nur mehr solche Regulierungen zulässig sind, die die „Konformität“ mit den Freihandelsabkommen und damit mit dem Grad der „Offenheit“ der Märkte mindestens „nicht verringern“ (Fischer-Lescano/Horst 2014, 31; Fritz 2015a, 7, 16f.).<sup>23</sup> Folglich hat jede nach der Ratifizierung des Freihandelsvertrages anvisierte politische Regulierung der Marktfreiheit förderlich zu sein. Der Markttextremismus, der damit ausgesprochen ist, zeigt sich auch darin, dass, jedenfalls im Falle CETAs, nicht mehr, wie bislang üblich, die dem Markt zu öffnenden bzw. zu deregulierende Bereiche benannt sind (sog. Positivlisten), sondern nur noch Ausnahmereiche in einer Negativliste aufgeführt werden, die vorerst noch reguliert werden dürfen, was „List-it-or-lose-it“-Modell genannt wird (Fritz 2015a, 16; Fischer-Lescano/Horst 2014, 31).

Hier ist offenbar ein politischer Paradigmenwechsel geplant ist: Das Prinzip Wettbewerb soll zum Gesellschaftsprinzip erhoben werden. Jede Regulierung des Wirtschaftens stünde unter der Direktive, der Erfüllung der Wünsche solventer Käufer und wettbewerbsfähiger Verkäufer nicht mehr im Wege zu stehen, das „bestmögliche“ Angebot zu ergattern und den höchstmöglichen Gewinn einzustreichen. Dies bedeutet „Freihandel“ und „offene Märkte“, wobei „Freiheit“ hier Marktfreiheit meint: die Freiheit, von seiner Marktmacht (Produktivität oder Kaufkraft) in allen Stücken freien Gebrauch zu machen. Da Marktfreiheit zum Prinzip erhoben werden soll, soll sich der demokratische Rechtsstaat von nun ab vor dem „Marktvolk“ (Streeck 2013a, 188ff.) dafür rechtfertigen, dass er reguliert. Und zwar, sozusagen als Ultima Ratio und innerlich konsequent, vor den ultimativ Kaufkräftigen, den Rentiers als den Prinzipalen dieser Welt bzw. ihren Vertretern in den Konzernspitzen. Hierin

---

<sup>23</sup> Dass diese Idee auch für TTIP anvisiert wird, verrät ein Papier der Europäischen Kommission (2013a, 23).

dürfte der tiefere Sinn der privaten Streitschlichtungsverfahren (ISDS) zu erblicken sein (Fischer-Lescano/Horst 2014; Krajewski/Kynast 2014, S. 39f.; Glunk 2013), die sozusagen als Wachhunde der Deregulierung fungieren und das Primat „der Märkte“ vor der Politik besiegeln sollen: Von da ab wird jede politische Diskussion unter dem Vorbehalt geführt, ob die anvisierte Regulierung nicht Milliarden schwere Schadensersatzzahlungen nach sich ziehen könnte, da Investoren durch sie ihre erwarteten Gewinnaussichten geschmälert sehen könnten. Dann lässt man es am besten gleich mit der Regulierung („regulatory chill“). Offenbar um von vorn herein aussichtslose, da nicht marktkonforme Regulierungen auszuschließen und sich die Kosten des weiteren demokratischen Willensbildungs- und des parlamentarischen Gesetzgebungsprozesses zu ersparen (ebenso die ISDS), wird derzeit eine sog. „regulatorische Kooperation“ anvisiert, die ursprünglich als „Frühwarnsystem“ charakterisiert war (Albers 2014; Bank/Haar 2015).

Der Abbau *aller* „Handelshemmnisse“ würde auf die Etablierung einer Privatrechtsordnung und -gesellschaft (Böhm 1980) hinauslaufen: Alles Recht wäre Privatrecht, also „dispositives Recht“, das vom Prinzip der Abdingbarkeit bestimmt ist (Möslein 2011). Die Privatparteien nutzen die Sanktionsgewalt des Staates nur, um *pacta sunt servanda* sicherzustellen und um ihr Eigentum vor Übergriffen zu schützen. „Das Recht und der Staat als seine Schutzmacht“ haben im „Handlungssystem“ des „modernen Kapitalismus“ „(nur) die Aufgabe, dieses Handlungssystem in seiner Entfaltungsmöglichkeit zu gewährleisten und in Gang zu halten; sie sind funktionale Variable, nicht vorausliegende Ordnungs- und Begrenzungsmacht“ (Böckenförde 2009). Letzteres lässt sich als öffentliches Recht bzw. als Regulierung fassen. Dieses legt, bezogen auf die marktlichen Austauschbeziehungen, nicht-dispositive Nebenbedingungen der Marktaktivitäten fest.<sup>24</sup> Einer solchen „präventiven inhaltlichen Regulierung“ (Stürner 2007, 3f.) will das neue Freihandelsregime ein Ende setzen. Da *jeder* Marktregulierung ein „Handelshemmnis“ korrespondiert,<sup>25</sup> läuft dies, in innerlich konsequenter Weiterentwicklung, auf eine Abschaffung substantieller demokratischer Politik hinaus. Regulierung würde sich erübrigen.

## 6.2. Nur ein Problem marktexterner Effekte?

Womit wird der (zumindest ins Auge gefasste) Ausverkauf der Demokratie legitimiert? Selbstverständlich mit Arbeitsplatzgewinnen. Es handele sich um „das kostengünstigste Konjunkturpaket, das man sich vorstellen kann“ (Bundesregierung 2013, 18). Bundeskanzlerin Angela Merkel meint, wenn sich die beiden „größten Wirtschaftsräume“ zu einer Freihandelszone verbinden, so „können sie nur voneinander gewinnen, wenn sie die *ganzen* Handelshemmnisse, seien es Zollschränken oder aber auch nicht-tarifäre Handelshemmnisse, abbauen“ (Bundesregierung 2014, Hvh.d.V.). Zusammenfassend die Position der Europäischen-Kommission (2013b):

“Getting rid of tariffs and other barriers to trade will enable European producers to sell more to the Americans: that is good for business and good for jobs. Removing EU barriers to US products and investment will mean more choice and lower prices for people here in Europe. What is clear is that both sides will gain from further opening up their markets to trade and investment. It will be a win-win situation.”

Auch Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel ist überzeugt (wie praktisch alle amtierenden Politiker im Zeitalter des Neoliberalismus), dass „der Abbau nicht-tarifärer Handelshemmnisse“ eine „Chance“ für die Generierung „zusätzlichen Wohlstands“ sei, wie er in einem gemeinsam mit dem Vorsitzenden des DGB verfassten Papier festhält (Hoffmann/Gabriel 2013). (Das Papier hat den Sinn, den Kritikern, die den Ausverkauf der Demokratie befürchten,<sup>26</sup> den Wind aus den Segeln zu nehmen.) Dabei aller-

<sup>24</sup> Vgl. Thielemann (2010, S. 203-206, 270f.) und die dort angegebene Literatur.

<sup>25</sup> „Jede Form der Regulierung verringert den Wettbewerb.“ (Reich 2007, 40).

<sup>26</sup> Vgl. exemplarisch Klimenta/u.a. 2014; [www.campact.de/ttip](http://www.campact.de/ttip); [www.attac.de/ttip](http://www.attac.de/ttip); [www.ttip-unfairhandelbar.de](http://www.ttip-unfairhandelbar.de).

dings, so fährt das Papier fort, „darf das Freihandelsabkommen Arbeitnehmerrechte, Verbraucherschutz-, Sozial- und Umweltstandards nicht gefährden.“

Diese Strategie bzw. Überzeugung lässt sich fassen als „Freihandel ist gut, wenn nur die Nebenbedingungen stimmen“ (vgl. kritisch Thielemann 2014c). Sie setzt dabei die Trennbarkeit von marktexternen und marktinternen Effekten voraus.<sup>27</sup> Diese Trennbarkeit ist auf der Basis der obigen Ausführungen zum Charakter von „Handelshemmnissen“ fraglich.<sup>28</sup> Doch selbst wenn die innere Logik von TTIP nicht auf einen vollständigen Abbau von Marktregulierung hinauslaufen sollte, wie sind die Marktinteraktionsverhältnisse des anvisierten Freihandelsabkommens selbst zu beurteilen?

### 6.3. TTIP als „Jobkiller“ und Ökonomisierer

Gabriel ruft den Gegnern des Freihandelsabkommens entgegen: „Sie sind Jobkiller.“ (Rossbach 2014) Zwar haben sich die Wachstums- und Beschäftigungseffekte, die diverse, von neoklassischen Ökonomen verfasste Modellstudien meinten für das Freihandelsabkommen berechnen zu können, als „winzig“ erwiesen (Stephan 2014). Doch glaubt der Laie offenbar, dass sie in jedem Fall positiv sein müssen, denn schließlich müsse doch Abbau von „Handelshemmnissen“ zu mehr „Handel“ (Exporten) führen, folglich müsste mehr (von welchem Gut auch immer) verkauft werden und dafür würden doch mehr Arbeitskräfte benötigt. Wenn man also irgendwie diese garstigen „Nebenwirkungen“ abstellen könnte, dann könnte doch das Instrument „offener Märkte“ sein Wunderwerk vollbringen und endlich die Arbeitslosigkeit beseitigen. In den Worten des Sachverständigenrates (2014, 40), welcher sich sicher nicht als Laiengremium versteht:

„Der Abbau von Handelshemmnissen erhöht den Handel und steigert so Einkommen und Wohlfahrt.“

Die Freihandelsbefürworter verstehen nicht, dass sie die „Jobkiller“ sind:

„Free trade does the reverse [of creating jobs]. It eliminates jobs.“ (McKenzie 1988, 19)

Dies ist eine logisch unausweichlich Folge des Zusammenhangs von „Schöpfung“ und „Zerstörung“, von Freihandel und Wettbewerb. Die Zerstörung wird hier und dort durchaus erkannt, aber der *Zusammenhang* wird übersehen. So hätten „Handelsabkommen ... die tückische Eigenschaft, nicht nur handelsschaffende, sondern auch handelsumlenkende Effekte auszulösen“ (Fritz 2015b, 19). Doch ist dies nicht ein zufällige, parallele Eigenschaft, vielmehr ergeben sich die „handelsumlenkenden Effekte“ gerade aus den „handelsschaffenden Effekten“.

Neoklassische Ökonomen verschleiern demgegenüber den Zusammenhang. Sie spielen im Stillen die Melodie „vorübergehender Arbeitslosigkeit“ (kritisch Thielemann 2010, 329f.) bzw. der bloß „kurzfristig negativen Beschäftigungseffekte“ (Felbermayr/u.a. 2013a, 86, vgl. auch 14) und präsentieren dem Publikum die, wenn auch geringen, Beschäftigungszuwächse, „nachdem eine angemessene Anpassungszeit [von 12 Jahren] verstrichen ist“ (Felbermayr/u.a. 2013a, 111f.), innerhalb derer die Entlassenen sich werden umschulen lassen und womöglich ihren Lebensmittelpunkt wechseln müssen, so sie denn überhaupt eine neue Stelle ergattern werden und wenn, dann in der Regel zu tieferen Löhnen (Raza/u.a. 2014, VI, 16).

Dabei nimmt man bisherige Freihandelsabkommen als Referenzfälle (Felbermayr/u.a. 2013b, 10), speist diese mit den Daten der anvisierten Freihandelspartner und fragt: Wenn den Beschäftigten in

---

<sup>27</sup> Vgl. zum weiten Begriff marktexterner Effekte oben Abschnitt 2. Marktinterne Effekte sind hingegen mit der Entfaltung der wettbewerblichen Marktdynamik untrennbar verknüpft; sie sind die Marktinteraktionsverhältnisse selbst.

<sup>28</sup> Vgl. den treffenden Kommentar von Haufler (2014): „Würden die Sozialdemokraten an ihren Forderungen ernsthaft festhalten – keine Investorenschutzklausel, kein Sozial- und Umweltschutzdumping und Schutz der Gewerkschaftsrechte – dann müssten sie die Verhandlungen abbrechen. Denn TTIP soll genau das Gegenteil erreichen. Wie in allen anderen bisher weltweit geschlossenen Freihandelsabkommen.“

früheren Fällen von Freihandelsabkommen die „Anpassung“ gelungen ist, warum dann nicht auch heute?<sup>29</sup> Damit wird der *Zwang* zur Anpassung wegdefiniert bzw. positivistisch wegnaturalisiert.

Zudem werden die lebenspraktischen Werte, die damit unter Druck geraten, nicht angemessen gewürdigt, sondern suggestiv als unbeachtlich dargestellt. So müsse der „Austritt“ oder die „Schrumpfung“ von „Firmen“ (gemeint müssten letztlich Beschäftigte sein, die ihre Einkommensposition vollständig oder graduell verlieren) durch den vermehrten Eintritt US-amerikanischer oder europäischer Firmen in den jeweils anderen Markt (dass dies eine unausweichliche Folge just dieses Eintritts ist, wird nicht herausgestellt) auf die höhere „Produktivität“ dieser Firmen (bzw. ihrer Beschäftigten) zurückzuführen sein (Felbermayr/u.a. 2013a, 85, 94). Wer weniger „produktiv“ ist, der „schrumpft“ zu Recht, wird hier suggeriert. Dass diese „im Durchschnitt produktiveren“ Firmen einfach (gegenüber ihrer Kundschaft) opportunistischer vorgehen und billiger operieren könnten, etwa da sie die Löhne ihrer Mitarbeiter und Zulieferer skrupelloser gedrückt und die Arbeit radikaler verdichtet haben, wird ebenso wenig thematisiert wie der korrespondierende Umstand, dass die Verdrängten nun zur Ökonomisierung ihrer Lebensverhältnisse gezwungen sind, um den höheren Anforderungen, die von nun ab auf breiter Front gelten, zu genügen (Thielemann 2009, 217ff.).

Auch werden die Einkommensreduktionen, die sich aus dem Wettbewerbsdruck unmittelbar oder (soweit eine neue Beschäftigung gefunden wird) mittelbar ergeben, als hinzunehmend oder, da sie erneut die weniger „Produktiven“ treffen, als gerechtfertigt dargestellt.<sup>30</sup> Die im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie erstellte Studie prognostiziert, in verschleierten Worten, eine (weitere) Steigerung der volkswirtschaftlichen Kapitalquote: Offenbar, da die Löhne unter Druck geraten, sinken alle Preise (was einer Deflation entspricht), so dass „die Durchschnittsfirma weniger Kosten bei der Arbeitsplatzbereitstellung hat“ (gemeint sind offenbar die Kosten des Arbeitsangebots bzw. die Löhne) und „gleichzeitig aber einen höheren Ertrag aus der Ausweitung der Beschäftigung [durch den Export] erzielt“, so dass „die Durchschnittsfirma ... nach Liberalisierung produktiver (mithin profitabler)“ ist (Felbermayr/u.a. 2013, 85f.).

Hier setzt, auf der Ebene der markt-wettbewerblichen Wirkungszusammenhänge, die Kritik der keynesianisch-kreislauftheoretischen Ansätze ein. Denn da mindestens zunächst einmal weniger Einkommen und damit Kaufkraft auf beiden Seiten des Atlantiks zur Verfügung steht, ist ja bereits unklar, woher den „produktiveren“, exportierenden Firmen der „höhere Ertrag“ zufließen können soll, wenn doch die Käufer, jedenfalls soweit sie Beschäftigte sind, im Durchschnitt weniger Geld in der Tasche haben. Mithin sinkt die „effektive Nachfrage“.<sup>31</sup> Zwar ist für den ersten Exporteur der Nachfrageausfall noch nicht relevant. Dieser entsteht, indem er heimische Nachfrage auf sich umleitet und damit von anderen Anbietern des Landes Einkommen abzieht, die dadurch an Kaufkraft als Käufer verlieren.<sup>32</sup> Doch stoßen nachfolgende Exporteure sodann auf eine insgesamt mehr oder minder stark gesunkene Gesamtnachfrage. Möglicherweise erzielt die exportierende Firma auch nur darum höhere Gewinne, weil die von anderen Unternehmen entlassenen Beschäftigten sich mit niedrigeren Löhnen zufrieden geben müssen, was von (Arbeits-) „Marktperfektionen“ abhängt, die sich aus positiven „Lohnersatzraten“, „Lohnuntergrenzen“ oder auch einer „effektiven Verhandlungsmacht der Arbeitnehmer“ ergeben (Felbermayr/u.a. 2013a, 99f). Offenbar insoweit der Ar-

<sup>29</sup> Hier interessiert nicht, dass dies bereits empirisch erstaunen muss, denn im Falle NAFTAs wurden bereits offiziellen Angaben zufolge „netto“ 845 000 US-Beschäftigte durch das Freihandelsabkommen arbeitslos (Raza 2014, 23ff.).

<sup>30</sup> Das eigentliche Kampffeld dürfte die Daseinsvorsorge bilden. Hier schlummern Milliardenwerte, die das global operierende Investivkapital gerne heben würde (vgl. Fritz 2015b, 15f.).

<sup>31</sup> Vgl. die Studie von Jeronim Capaldo (2014, 14), die einen Beschäftigungsverlust (!) von 583 000 Beschäftigten innerhalb der EU und ein Beschäftigungsplus von 784 000 Beschäftigten in den USA prognostiziert. Diese Studie stellt allerdings auf einen engeren Zusammenhang ab, nämlich bloß auf die Lohnsenkung bei der (allfälligen) Neueinstellung der verdrängten Beschäftigten: „A cost-cutting trade reform may have adverse effects on the economy [nachteilig für das Wachstum, A.d.V.] if the "costs" that it "cuts" are the labor incomes that support aggregate demand.“

<sup>32</sup> Wohlgermerkt, es sind Mitbürger, die die Beschäftigten eines Landes außer Brot und Arbeit setzen, natürlich: mit Hilfe des Importeurs. Natürlich tun sie dies nicht absichtlich, noch nicht einmal fahrlässig. Doch sind die Hürden eines rein individuaethischen Umgangs mit dem Problem einfach zu hoch.

beitsmarkt „perfekt“ funktioniert, also die Löhne nach unten vollständig flexibel sind, kann der Studie zufolge von vorn herein „Handelsliberalisierung nicht zu einer Abnahme der Beschäftigung führen“ (Felbermayr/u.a. 2013a, 86). Im Ergebnis müssten die Kapitaleinkommensbezieher selbst die ausfallende Konsumnachfrage (über-)kompensieren, wenn verhindert werden soll, dass das Kapital durch TTIP weiter in den Anlagenotstand gerät. Dies entspricht dem Modell „Plutonomy“, welches im Übrigen auch der Leiter des ifo-Instituts, Hans-Werner Sinn, vertritt (Thielemann 2012d).<sup>33</sup>

All diese Zusammenhänge muss die Position, die allein die marktexternen Effekte von TTIP für problematisch hält, als problemlos annehmen oder gar als eine in unbegrenztem Maße wünschenswerte Entwicklung. Es dürfte sich allerdings vielfach so verhalten, dass diese Zusammenhänge und mit ihnen die ethische Beurteilung unverstanden bleiben. Ansonsten wäre in der öffentlichen Diskussion sofort klar, dass eine Ausweitung des Freihandels den Wettbewerbsdruck auf die Beschäftigten erhöht und zu Entlassungen führt. Man könnte sich dann in Freiheit fragen, ob man mehr Druck und eine weitere Ökonomisierung der Lebensverhältnisse um der Zuwächse des Güterwohlstands willen will (bzw. ob man den Druck des Kapitals und der Lebensunternehmer auf den Rest zulassen will), oder ob der Wohlstand nicht bereits ein hinreichendes Maß erreicht hat.<sup>34</sup>

## 7. Die Zukunft des Marktes

Auf die (kaum je explizit gestellte) Frage nach dem Status, den die Marktlogik in Wirtschaft und Gesellschaft spielen soll, sind im Prinzip drei paradigmatische Antworten möglich.

1. Nach vorherrschender, denkbar breit abgestützter Auffassung soll „Mehr Markt“ bzw. „Mehr Wettbewerb“ zum gesellschaftlichen Prinzip erhoben werden, was auf die Ökonomisierung der Welt hinausläuft, also auf die Verdrängung und Elimination aller der Orientierung am Markterfolg entgegenstehenden Wertgesichtspunkte. Dies mündet soziologisch in eine Marktgesellschaft, rechtlich in eine Privatrechtsordnung, praktisch in ein Leben im Modus des Markterfolgs und der wettbewerblichen Selbstbehauptung. Das Ergebnis wäre die Herrschaft des Marktprinzips, was einem menschheitsgeschichtlichen Einschnitt entspräche, der in seiner Tragweite weiterhin unverstanden bleibt.
2. Die derzeit gesellschaftlich zugelassene Kritik möchte diese Entwicklung nicht aufhalten, aber unter Nebenbedingungen stellen. Dies kann verschiedene Formen annehmen, wobei sich stets fragen lässt, ob diese außer- oder innermarktlichen Schutzräume<sup>35</sup> nicht von den Marktkräften „kontraproduktiv“ unterlaufen werden (Thielemann 2014a). Hierzu lässt sich auch und vor allem das Redistributionsparadigma zählen, dem die Position etwa von Thomas Piketty (2014, 659, 669) zuzurechnen ist: „Die Liberalisierung des Warenverkehrs ist an sich keine schlechte Sache“, doch müsse sie, „ohne die Kräfte des Wettbewerbs in Frage zu stellen“, „durch den Aufbau eines Steuerwesens kompensiert werden“.<sup>36</sup> Das Umverteilungsparadigma hat durchaus seine Meriten. Denn durch eine breitenwirksame und sichere Verfügung über eine als hinreichend zu klassierende Einkommensquelle könnten die Zwänge des Wettbewerbs möglicherweise gleichsam

---

<sup>33</sup> Vgl. auch Capaldo (2014, 3): „With export revenues, wage shares and government revenues decreasing, demand would have to be sustained by profits and investment.“

<sup>34</sup> Vor dem Hintergrund der obigen Ausführungen besteht das erklärungsbedürftige Phänomen weniger in den Stellenverlusten als vielmehr darin, wie die Wettbewerbsverlierer so ins System eingefügt werden können, dass die Wirtschaft wächst. Dazu müsste offenbar die Geldmenge steigen, vermutlich vorgehend. Die Wachstumsfrage stellt sich insbesondere angesichts des Umstandes, dass ein grundlegend neuer Typus einer technischen „Innovation“ nicht ersichtlich ist bzw. die computerisierten „Innovationen“, die derzeit im Aufschwung begriffen sind (Industrie 4.0), vor allem kosten- und damit einkommensenkender Natur sind (vgl. den Überblick von Kaufmann, 2015b). Offenbar hat die Marktdynamik konsumtiv-technisch einen Sättigungspunkt erreicht.

<sup>35</sup> Erstere visiert nicht nur Sandel, sondern etwa auch Snower (2014) an: „Wir müssen uns fragen, welche Bereiche unseres Lebens durch Marktkräfte bestimmt werden und ob dies immer sinnvoll ist.“

<sup>36</sup> Vgl. auch Piketty (2014, 628, 668 f.).

neutralisiert bzw. unschädlich gemacht werden. Dies ist der Gedanke eines Grundeinkommens, welches selbstverständlich nicht über Massensteuern, sondern durch die Besteuerung hoher und vor allem hoher Kapitaleinkommen und Vermögen zu finanzieren wäre und nur dann keine Kapitulation vor der Verteilungsfrage darstellte. Allerdings ist hierzu selbstverständlich eine globale Steuerkoordination nötig.

3. Erst eine protektionistische Perspektive würde eine Beschränkung der eigendynamischen Intensivierung und Extensivierung des Wettbewerbs an der Wurzel erlauben. Natürlich ist hierbei an einen multilateralen Protektionismus zu denken, etwa im Sinne globaler wettbewerblicher Waffenstillstandsabkommen (Thielemann 2009, 233ff.; 2010, 452; Löpfe/Vontobel 2014, 123). Protektion bedeutet dabei Schutz von Entfaltungsspielräumen vor den zerstörerischen Kräften des Wettbewerbs, um so der Ökonomisierung der Lebensverhältnisse Grenzen zu setzen. Dass dieser Schutz nicht etwa einer exotischen Forderung entspricht, zeigt sich etwa daran, dass der Sinn von Freihandelsabkommen darin besteht, bestehende Schutzniveaus zu senken oder den Schutz ganz abzuschaffen. Die Freihandelsverhandlungen belegen die Existenz des Schutzes vor marktlichen Übergriffen und Vereinnahmungen. Protektionismus steht dem Markt extremismus gerade entgegen und bedeutet Mäßigung. Global koordiniert hat der Schutz darum zu sein, damit die politische Regulierung wieder eine Chance hat. Die Alternative ist, dass die Politik sich weiterhin „unter den Bedingungen“ des globalen Standortwettbewerbs vollzieht, also „marktkonform“ zu sein hat.

Interessant ist in diesem Zusammenhang die Kontroverse zwischen Wolfgang Streeck und Jürgen Habermas. Streeck verfolgt nämlich letztlich eine protektionistische Perspektive der Wiedergewinnung politischer Gestaltungs- und individueller Entfaltungsfreiheit.

„Demokratisierung heute müsste heißen, Institutionen aufzubauen, mit denen Märkte wieder unter soziale Kontrolle gebracht werden können: Märkte für Arbeit, die Platz lassen für soziales Leben, Märkte für Güter, die die Natur nicht zerstören, Märkte für Kredit, die nicht zur massenhaften Produktion uneinlösbarer Versprechen verführen.“ (Streeck 2013a, 25)

Mit Blick auf die Eurozone und ihre anhaltende Krise votiert Streeck für eine Renationalisierung der Währungen. Diese erlaube eine Währungsabwertung und verhindere so die Alternative einer inneren Abwertung durch Austeritätspolitik, d.h. Lohnsenkungen für die Beschäftigten und Verarmung breiter Bevölkerungskreise (Streeck 2013a, 70ff.; 2012a 68f.). Es würde somit etwa für die Bürger Südeuropas teurer, Importgüter von den hochkompetitiven Volkswirtschaften des Nordens zu kaufen, und damit würde es für die Bürger der Länder schwieriger, ihre Mitbürger wettbewerblich in die Arbeitslosigkeit zu treiben.<sup>37</sup> Dies lässt sich, wenigstens im Grundsatz, mit der Idee internationaler wettbewerblicher Waffenstillstandsabkommen in Verbindung bringen.

Habermas (2013a, 62) wirft Streeck vor, die „nostalgische Option“ einer nationalstaatlichen „Eingelung“ zu verfolgen, statt die „Währungsgemeinschaft zu einer supranationalen Demokratie“ auszubauen. Die Demokratie müsse sozusagen mit den „unumkehrbar globalisierten Märkten“ mitwachsen. Allerdings liefe ein großräumiger demokratischer Gestaltungsraum auf eine ebenso umfassende Freihandelszone hinaus. Natürlich besteht diese innerhalb der EU mit ihren vier Grundfreiheiten bereits. (Und innerhalb der Eurozone ist den Staaten die umgekehrt gelagerte politische Freiheit der Währungsabwertung genommen.) Doch ist dies unbedingt begrüßenswert? Überdies muss dieses Konzept letztlich auf eine Weltdemokratie hinauslaufen, mithin auf einen einzigen „freien“ Weltmarkt, innerhalb dessen alle mit allen in einem permanenten progressiven Wettbewerb stehen.<sup>38</sup> Vor allem fragt sich, welche Materie dann überhaupt noch zur demokratischen Entscheidung anstünde.

<sup>37</sup> Vgl. exemplarisch für Griechenland Kouroumplis (2014): „In den Achtzigern hatte Griechenland noch acht Industrieunternehmen für elektrische Haushaltsgeräte. Heute gibt es kein einziges. Alle wurden von den Deutschen abgedrängt. Die griechischen Pharmaunternehmen deckten 55 Prozent des einheimischen Marktes ab, heute sind es nur noch 16 Prozent.“

<sup>38</sup> Entsprechend votiert Habermas (2011) für das „territoriale Größenwachstum“ der Demokratie und für eine „politisch verfasste Weltgesellschaft“.

Hier soll nicht bestritten werden, dass die Utopie (oder Dystopie?) eines solchen auch politisch integrierten Weltmarktes Möglichkeiten der öffentlich-rechtlichen Regulierung des Markterfolgsstrebens bieten könnte (man denke etwa an das Arbeitsrecht). Doch ist dies nicht das, was Habermas anvisiert. Unterhalb einer Weltmarktraumenordnung jedenfalls ist nämlich „der politische Steuerungsbedarf, den eine hochinterdependente Weltgesellschaft heute erzeugt“, vorgegeben (Habermas 2013a, 62). Er besteht grundlegend darin „den systemischen Erfordernisse von Wettbewerbsfähigkeit und Wirtschaftswachstum“ zu genügen (Habermas 2013b, 92) und insbesondere darin, die „Gewinnerwartungen, also die fiskalischen, rechtlichen und infrastrukturellen Bedingungen für eine gewinnbringende Kapitalverwertung [zu] erfüllen“ (Habermas 2013a, 63). Somit besteht die „nachholende Demokratisierung“, jedenfalls mit Blick auf die Gestaltung der Marktinteraktionsverhältnisse selbst, bloß im Nachvollzug der Entscheidungen, die die ökonomischen Technokraten genau mit Blick auf die Exekution der „Imperative der Märkte“ bereits getroffen haben (Habermas 2013b, 91f.).

Übrig bleibt der Demokratie im Konzept Habermas daher im Kern nur die Umverteilung ex post, nämlich die Erfüllung der „Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit“, die „in der Münze von fairer Einkommensverteilung und Statussicherheit sowie von öffentlichen Dienstleistungen und der Bereitstellung kollektiver Güter“ einzulösen seien (Habermas 2013a, 63). Die „Verwertungsbedingungen des Kapitals“ sollen eben nicht, wie im neoliberalen Regime „ohne“, sondern *mit* „Rücksicht auf soziale Folgen ... verbessert“ werden (Habermas 2013a, 59). Und ja, die je „nationale Wettbewerbsfähigkeit“ ist (stetig) zu „verbessern“, aber nicht allein „aus eigener Kraft“, sondern unterstützt durch „grenzüberschreitende Transferzahlungen mit den entsprechenden transnationalen Umverteilungseffekten“ (Habermas 2013a, 65; 2013b, 89).

Habermas hat in der Theorie des kommunikativen Handelns eine folgenschwere theoriearchitektonische Grundsatzentscheidung getroffen, nämlich die, die Marktinteraktionsverhältnisse zur „normfreien Sozialität“ zu erklären, was nicht etwa kritisch gemeint ist, sondern bedeutet, dass „der Antriebsmechanismus des Wirtschaftssystems ... von lebensweltlichen Restriktionen ... freigehalten werden muss“, da nur so „die kapitalistische Eigendynamik des Wirtschaftssystems“ gewahrt werden könne (Habermas 1981, 455, 507), was sie offenbar unter allen Umständen soll. Die Marktinteraktionsverhältnisse selbst werden so zum moralisch neutralisierten (pauschal legitimen) bzw. entpolitisierten (Streeck 2015, 7) Instrument zum Zwecke der stetig „besseren ... materiellen Reproduktion der Lebenswelt“ (Habermas 1981, 474). Der instrumentelle Charakter „der Wirtschaft“, die von „den Bürgern“ getrennt konzeptualisiert wird, besteht dabei vor allem darin, „für kapitalistisches Wachstum und ein hinreichendes Niveau der Steuereinnahmen [zu] sorgen“ (Habermas 2013a, 63).

Diesem korrektiven Konzept setzt Streeck ein integrativ-ethisches, polit-ökonomisches Konzept entgegen,<sup>39</sup> weil er weiß, dass niemand anderes als „die Bürger“ „die Wirtschaft“ ausmachen, in dieser arbeiten und einen guten Teil ihrer Lebenszeit verbringen, innerhalb ihrer und durch sie aber „einem unerbittlichen Druck unterworfen [sind], ihre Lebensweise nach Maßgabe immer unberechenbarer Anforderungen immer kompetitiverer Märkte einzurichten“ (Streeck 2012b 142).<sup>40</sup> Wenn dieses Problem, das Problem der Ökonomisierung der Lebensverhältnisse, an der Wurzel angegangen werden soll, so mündet dies in einen multilateralen Protektionismus, den Streeck (2013b, 89f.) bislang eher andeutet als offensiv vertritt: „Wie kann die Globalisierung so zu- oder auch, *horribile dictu*, zurückgeschnitten werden, dass sie mit demokratisch-egalitärer Politik [und etwa auch mit guter Arbeit, A.d.V.] vereinbar ist?“ Auch „ein europäischer Großstaat“ sei nicht „groß genug ...“, um sich dem Anpassungsdruck ‚der Märkte‘ entgegen- und egalitäre Demokratie wiederherstellen zu können.“

Entweder die Politik und das Leben vollziehen sich „unter den Bedingungen“ globalisierter Märkte im Modus der sich wechselseitig selbst verstärkenden Vorgabe der Steigerung „der Wettbewerbsfähigkeit“. Oder diese „Bedingungen“ werden zum Gegenstand einer gestaltenden und auch limitierenden, global koordinierten Politik. Es handelt sich hierbei tatsächlich um ein „Menschheitsproblem“ (Streeck 2013b, 90). Die Frage, die zukünftige Forschung anregen sollte, lautet: Wie lässt sich

<sup>39</sup> Ähnlich für die Handlungs- und Unternehmensethik Jütten (2013).

<sup>40</sup> Vgl. bezüglich der Zerstörung des Berufsethos, die der Instrumentaltheorie des Marktes Anathema sein muss, eindrücklich Stürmer (2007, 131ff).

der globale Wettbewerb krisenfrei, also ohne Katastrophen anderer Art zu erzeugen, und wie lässt er sich fair begrenzen?

## Literatur

- Ackermann, J. (2011): Neue Rahmenbedingungen für das Bankgeschäft, Rede an der Handelsblatt Jahrestagung, Frankfurt a.M., 5. September, [www.deutsche-bank.de/medien/de/downloads/Handelsblatt\\_Redede\\_Dr.\\_Ackermann\\_final\\_Internet.pdf](http://www.deutsche-bank.de/medien/de/downloads/Handelsblatt_Redede_Dr._Ackermann_final_Internet.pdf).
- Albers, L. (2014): Regulatorische Kooperation bei TTIP. Mehr Macht für die Konzerne!, 7. August, [www.mehrdeмократie.de/regulatorische\\_kooperation.html](http://www.mehrdeмократie.de/regulatorische_kooperation.html)
- Andreae, C.-A. (1994): Wirtschaft und Gesellschaft, Berlin
- Backhaus, J. (2012): Wettbewerb – mehr als ein Entdeckungsverfahren, in: Jürgen, G. (Hrsg.), 10 Jahre Staatswissenschaftliche Fakultät, Berlin
- Bank, M./Haar, K. (2015): TTIP-Verhandlungsdokument zeigt deutlich: EU-Verhandlungsposition höhlt Demokratie aus!, 29. Januar, [www.lobbycontrol.de/2015/01/ttip-verhandlungsdokument-zeigt-deutlich-eu-verhandlungsposition-hoehlt-demokratie-aus/](http://www.lobbycontrol.de/2015/01/ttip-verhandlungsdokument-zeigt-deutlich-eu-verhandlungsposition-hoehlt-demokratie-aus/)
- Böckenförde, E.-W. (2009): Woran der Kapitalismus krankt, in: Süddeutsche Zeitung, 24. April, S.8.
- Böhm, Franz (1980): Privatrechtsgesellschaft und Marktwirtschaft, in: ders., Freiheit und Ordnung in der Marktwirtschaft, Baden-Baden, S. 105-168
- Borchard, M./u.a. (2008): Jenaer Aufruf zur Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft, [www.jenaerallianz.de](http://www.jenaerallianz.de)
- Breyer, F. (2008): Die Chancen der Sozialen Marktwirtschaft und die Rolle der Ökonomen, in: Perspektiven der Wirtschaftspolitik, Bd. 9, H. 2, S. 125-138
- Bude, H. (2014): Gesellschaft der Angst, Hamburg
- Bundesregierung (2013): Neue Chancen für Verbraucher und Unternehmen. Zehn gute Gründe für ein Freihandelsabkommen der EU mit den USA, [www.bundesregierung.de](http://www.bundesregierung.de)
- Bundesregierung (2014): Alles für offene Märkte tun, 23. September, [www.bundesregierung.de](http://www.bundesregierung.de)
- British Academy (2009): Letter to Her Majesty The Queen, 22. Juli, [www.britac.ac.uk/templates/asset-relay.cfm?frmAssetFileID=8285](http://www.britac.ac.uk/templates/asset-relay.cfm?frmAssetFileID=8285)
- Bütikofer, R./Giegold, S. (2011): Der Grüne New Deal, <http://greennewdeal.eu/de/gruene-wirtschaft/publikationen/2011/der-gruene-new-deal-klimaschutz-neue-arbeit-und-sozialer-ausgleich.html>
- Carney, M. (2014), Inclusive capitalism: creating a sense of the systemic, [www.bankofengland.co.uk](http://www.bankofengland.co.uk).
- DGB (2008): Der DGB-Aufruf, 1. Mai 2008, <http://library.fes.de/pdf-files/netzquelle/dgb-aufruf%20zum%201.%20mai%202008.pdf>
- Eucken, W. (1952): Grundsätze der Wirtschaftspolitik, 6. Aufl., Tübingen 1990
- Eucken, W./Böhm, F. (1948): Vorwort, in: ORDO, Bd.1, S. VII-XI.
- Europäische Kommission (2013a): Impact Assessment Report on the future of EU-US trade relations, 12. März, <http://trade.ec.europa.eu/doclib/html/150759.htm>
- Europäische Kommission (2013b): FAQ on the EU-US Transatlantic Trade and Investment Partnership ('TTIP'), 17. Juni, <http://trade.ec.europa.eu/doclib/html/151351.htm>
- Felbermayr, G. (2013a): Dimensionen und Auswirkungen eines Freihandelsabkommens zwischen der EU und den USA, [www.bmwi.de](http://www.bmwi.de)
- Felbermayr, G. (2013b): Die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (THIP). Wem nutzt ein transatlantisches Freihandelsabkommen?, Teil 1: Makroökonomische Effekte, [www.bertelsmannstiftung.de](http://www.bertelsmannstiftung.de)
- Frisch, M. (1990): Schweiz als Heimat? Frankfurt a.M.
- Fritz, Th. (2015a): Analyse und Bewertung des EU-Kanada Freihandelsabkommens CETA, 26. Januar, [www.boeckler.de/pdf\\_fof/S-2014-779-1-1.pdf](http://www.boeckler.de/pdf_fof/S-2014-779-1-1.pdf)
- Fritz, Th. (2015b): Auf Kollisionskurs mit der Demokratie. TTIP und CETA in Hamburg, [http://blog.campact.de/wp-content/uploads/2015/01/Campact\\_TTIPCETA\\_Hamburg.pdf](http://blog.campact.de/wp-content/uploads/2015/01/Campact_TTIPCETA_Hamburg.pdf)
- Glunk, F. (2013): Der Investor ist unantastbar, in: Süddeutsche Zeitung, 5. Juli, S. 2
- Grünewald, St. (2013): Die erschöpfte Gesellschaft, Freiburg/Basel/Wien
- Habermas, J. (1981): Theorie des kommunikativen Handelns, Bd. 2, Frankfurt a.M.
- Habermas, J. (2011): Wie demokratisch ist die EU?, [www.blaetter.de](http://www.blaetter.de)
- Habermas, J. (2013a): Demokratie oder Kapitalismus?, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 5, S. 59-70.
- Habermas, J. (2013b): Im Sog der Technokratie, Frankfurt a.M.



- Hankel, W./Isaak, R. (2011): Geldherrschaft: Ist unser Wohlstand noch zu retten?, Weinheim 2011
- Haufler, D. (2014): Gabriels Zaubertrick, 21. September, [www.berliner-zeitung.de](http://www.berliner-zeitung.de)
- Heinrich, C. (2014): Schafft die Wirtschaftsweisen endlich ab, [www.tagesschau.de](http://www.tagesschau.de), 12. November
- Hoffmann, R./Gabriel, S. (2014): Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP). Anforderungen an Freihandelsgespräche zwischen der EU und den USA unter der Berücksichtigung von Nachhaltigkeit, Arbeitnehmerrechten und der Gewährleistung der Daseinsvorsorge, [www.spd.de/linkableblob/123688/data/20140919\\_ttip\\_anforderungen\\_bmw\\_dgb.pdf](http://www.spd.de/linkableblob/123688/data/20140919_ttip_anforderungen_bmw_dgb.pdf)
- Homann, K. (2007): Ethik in der Marktwirtschaft, [www.romanherzoginstitut.de](http://www.romanherzoginstitut.de)
- Homann, K./Pies, I. (1994): Wirtschaftsethik in der Moderne. Zur ökonomischen Theorie der Moral, in: Ethik und Sozialwissenschaften, H.eft 1, S. 3-12.
- Jahnke, J. (2014): Es war einmal eine Soziale Marktwirtschaft, Norderstedt
- Jorberg, Th. (2008): Ordnungspolitischer Vorrang für die Finanzierung der Realwirtschaft, WISO direkt, Dezember, <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/05879.pdf>
- Jütten, T. (2013): Habermas and Marktes, in: Constellations, 20/4, S. 587–603
- Kaufmann, St. (2015a): Die Frage, die Syriza stellt, 2. Februar, [www.berliner-zeitung.de](http://www.berliner-zeitung.de)
- Kaufmann, St. (2015b): Roboter übernehmen Arbeitsplätze, 2. Mai, [www.berliner-zeitung.de](http://www.berliner-zeitung.de)
- Kirchgässner, G. (2009): Die Krise der Wirtschaft. Auch eine Krise der Wirtschaftswissenschaften?, in: Perspektiven der Wirtschaftspolitik, 10(4), S. 436-468
- Klimenta, H./u.a. (Hrsg.): Die Freihandelsfalle. Transatlantische Industriepolitik ohne Bürgerbeteiligung – das TTIP, Hamburg
- Köhler, H.: Die Ordnung der Freiheit. Rede beim Arbeitgeberforum „Wirtschaft und Gesellschaft“, Berlin, 15. März, [www.kas.de/wf/de/33.9173/](http://www.kas.de/wf/de/33.9173/)
- Kouroumplis, P. (2014): „Hinter der Korruption in Griechenland stecken deutsche Firmen“, 7. März, [www.focus.de](http://www.focus.de)
- Krämer, H. (2014): Piketty und die Verteilungsfrage (Präsentation), 17. November, [www.forum-fuer-politik-und-kultur.de](http://www.forum-fuer-politik-und-kultur.de)
- Lazenby, P. (2014): TTIP Trade Pact „Will Cost Europe 600,000 Jobs“, [www.morningstaronline.co.uk](http://www.morningstaronline.co.uk), 8. November 2014
- Loepfe, Ph./Vontobel, W. (2014): Wirtschaft boomt, Gesellschaft kaputt. Eine Abrechnung, Zürich
- Löhr, A. (1991): Unternehmensethik und Betriebswirtschaftslehre, Stuttgart
- Marx, K. (1867): Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie, Marx-Engels Werke, Berlin, 33. Aufl. 1989
- McKenzie, R.B. (1988): The American Job Machine, New York
- Monti, M. (2010): A New Strategy for the Single Market at the Service of Europe's Economy and Society. Report to the President of the European Commission José Manuel Barroso, [http://ec.europa.eu/internal\\_market/strategy/docs/monti\\_report\\_final\\_10\\_05\\_2010\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/internal_market/strategy/docs/monti_report_final_10_05_2010_en.pdf)
- Moore, Ch. (2011), I'm starting to think that the Left might actually be right, [www.telegraph.co.uk](http://www.telegraph.co.uk), 22. Juli
- Möslein, F. (2011): Dispositives Recht, Tübingen
- Müller-Armack, A. (1966): Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik, Freiburg
- Myrdal, G. (1932): Das Zweck-Mittel-Denken in der Nationalökonomie, in: Zeitschrift für Nationalökonomie, Bd.4, H.3, S. 305-329
- Peukert, H. (2013): Die große Finanzmarkt- und Staatsschuldenkrise. Eine kritisch-heterodoxe Untersuchung, 5. Aufl., Marburg
- Piketty, Th. (2014): Das Kapital im 21. Jahrhundert, München
- Rat der Europäischen Union (2013): Leitlinien für die Verhandlungen über ein umfassendes Handels- und Investitionsabkommen, 17. Juni, [www.bmw.de/BMWi/Redaktion/PDF/S-T/ttip-mandat,property=pdf,bereich=bmw2012,sprache=de,rwb=true.pdf](http://www.bmw.de/BMWi/Redaktion/PDF/S-T/ttip-mandat,property=pdf,bereich=bmw2012,sprache=de,rwb=true.pdf)
- Raza, W./u.a. (2014): Assessing the Claimed Benefits of the Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP), Wien, 31. März, <http://guengl.eu/uploads/plenary-focus-pdf/>
- Reich, R. (2007): Superkapitalismus. Wie die Wirtschaft unsere Demokratie untergräbt, Frankfurt/New York
- Rosbach, H. (2014): Gabriel verteidigt Handelsabkommen, 25. September, [www.faz.net](http://www.faz.net)
- Rügemer, W. (2007): Das stille Werk einer deutsch-christlichen Heuschrecke, [www.freitag.de](http://www.freitag.de), 9. Februar
- Rüstow, A. (1961): Paläoliberalismus, Kommunismus und Neoliberalismus, in: Greiß, F. /Meyer, F. W. (Hrsg.), Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur. Festschrift für Alfred Müller-Armack, Berlin, 61-70.
- Sachverständigenrat (2014): Mehr Vertrauen in Marktprozesse, Jahresgutachten 2014/15, Wiesbaden
- Sandel, M. J. (2012): What Money Can't Buy. The Moral Limits of Marktes, New York
- Sandel, M. (2013): „Märkte dort lassen, wo sie hingehören“, Interview, [www.derstandard.at](http://www.derstandard.at), 6. April
- Sarkozy, N. (2010): Rede am Weltwirtschaftsforum Davos, 27. Januar, [www.weforum.org/pdf/Sarkozy\\_en.pdf](http://www.weforum.org/pdf/Sarkozy_en.pdf)
- Schirrmacher, F. (2013), Ego. Das Spiel des Lebens

- Schultz, St. (2014): Ethik der Share Economy. Anleitung für den Uber-Menschen, [www.spiegel.de](http://www.spiegel.de), 2. September
- Schumpeter, J.A. (1942): Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, 7. Aufl., Tübingen 1993
- Sinn, H.-W. (2011): „Und dann gehen wir alle gemeinsam unter“, Interview, in: Tagesanzeiger, 18. September, [www.tagesanzeiger.ch](http://www.tagesanzeiger.ch)
- Sinn, H.-W. (2014): Der große Irrtum, in: Süddeutsche Zeitung, 31. Oktober, [www.sueddeutsche.de](http://www.sueddeutsche.de)
- Snower, D. (2014): Besitz bedeutet nicht alles, 13. Oktober, [www.sueddeutsche.de](http://www.sueddeutsche.de)
- Stephan, S. (2014): TTIP – Das Märchen vom Wachstums- und Beschäftigungsmotor, WISO direkt, Oktober, [http://library.fes.de/pdf-files/wiso/1\\_0969.pdf](http://library.fes.de/pdf-files/wiso/1_0969.pdf)
- Stiglitz, J. (2011): Im freien Fall. Vom Versagen der Märkte zur Neuordnung der Weltwirtschaft, München.
- Streeck, W. (2012a): Auf den Ruinen der Alten Welt, Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 12, S. 61-72
- Streeck, W. (2012b): Der öffentliche Auftrag der Soziologie, in: Leviathan 40/1, S. 129-147
- Streeck, W. (2013): Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus, Frankfurt a.M.
- Streeck, W. (2013b): Vom DM-Nationalismus zum Euro-Patriotismus. Eine Replik auf Jürgen Habermas, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 9, S. 75-92
- Streeck, W. (2015): Warum der Euro Europa spaltet statt es zu einigen, Distinguished Lecture in the Social Sciences, Wissenschaftszentrum Berlin, 21. April, [https://wolfgangstreeck.files.wordpress.com/2015/04/streeck2015\\_wzb-vortrag\\_warum-der-euro-europa-spaltet.pdf](https://wolfgangstreeck.files.wordpress.com/2015/04/streeck2015_wzb-vortrag_warum-der-euro-europa-spaltet.pdf)
- Stürner, R. (2007): Markt und Wettbewerb über alles? Gesellschaft und Recht im Fokus neoliberaler Marktideologie, München
- Suchanek, A. (2011): Das Verhältnis von Markt und Moral, in: Aßländer, M. (Hrsg.), Handbuch Wirtschaftsethik, Stuttgart/Weimar, S. 198-208
- Thielemann, U. (2000a): A Brief Theory of the Market – Ethically Focused, in: International Journal of Social Economics, 27(1), S. 6-31
- Thielemann, U. (2000b): Was spricht gegen angewandte Ethik? Erläutert am Beispiel der Wirtschaftsethik, in: ETHICA, Nr. 1, S. 37-68
- Thielemann, U. (2009): System Error. Warum der freie Markt zur Unfreiheit führt, Frankfurt a.M.
- Thielemann, U. (2010): Wettbewerb als Gerechtigkeitskonzept. Kritik des Neoliberalismus, Marburg
- Thielemann, U. (2012a): Die Verteilungsfrage als Fairnessfrage und die Zurückeroberung der Idee der Sozialen Marktwirtschaft, in: Spieker, M. (Hrsg.), Der Sozialstaat. Fundamente und Reformdiskurse, Baden-Baden, S. 139-162
- Thielemann, U. (2012b): Das Imperium schlägt zurück, [www.mem-wirtschaftsethik.de/memorandum-2012/repliken/die-zeit/](http://www.mem-wirtschaftsethik.de/memorandum-2012/repliken/die-zeit/), 27. April
- Thielemann, U. (2012c): Ethik des Finanzmarktes. Die unverstandene Rolle des Kapitals als angeblicher „Diener der Realwirtschaft“, in: Zschaler, F.E./Meck, S./Kleine, J. (Hrsg.), Finethikon. Jahrbuch für Finanz- und Organisationsethik, Bd. 2, Stuttgart 2012, S. 31-60
- Thielemann, U. (2012d): Der Streit der Ökonomen, 17. Juli, [www.mem-wirtschaftsethik.de](http://www.mem-wirtschaftsethik.de)
- Thielemann, U. (2014a): Ökonomismuskritische Wirtschaftsethik – jenseits des Partikularismus des Kontraproduktivitätsparadigmas, in: Schaub, W. (Hrsg.), Ethik und Empirie, Freiburg/Wien, S. 201-224
- Thielemann, U. (2014b): Schulden- oder Vermögenskrise? – Welches Anregungspotential bietet der biblische Schuldenerlass des Deuteronomiums?, in: Lechner, S./Stauff, H. (Hrsg.), Deutscher Evangelischer Kirchentag 2013, CD-ROM Beilage, München; [www.mem-wirtschaftsethik.de](http://www.mem-wirtschaftsethik.de)
- Thielemann, U. (2014c): Ist Freihandel prinzipiell gut – wenn nur die Nebenbedingungen stimmen?, 27. September, [www.mem-wirtschaftsethik.de/blog/blog-einzelseite/article/ist-freihand/](http://www.mem-wirtschaftsethik.de/blog/blog-einzelseite/article/ist-freihand/)
- Thielemann, U. (2015): Integrative Wirtschaftsethik oder: Das Ganze des Wirtschaftens denken, und zwar kritisch, in: Beschorner, Th./Wettstein, F. (Hrsg.), St. Galler Wirtschaftsethik. Rückblick – Ausblick – Perspektiven, Marburg (im Erscheinen).
- Trabold, H. (2014): Kapital Macht Politik. Die Zerstörung der Demokratie, Marburg.
- Ulrich, P. (2008): Integrative Wirtschaftsethik. Grundlagen einer lebensdienlichen Ökonomie, 4. Aufl., Bern/Stuttgart/Wien
- Ulrich, P. (2011): Wirtschaftsethik nach der Krise. Reflexionen aus der Sicht des St. Galler Ansatzes der integrativen Wirtschaftsethik, in: Wallacher, J./Au, Ch./Karcher, T. (Hrsg.), Ethik in Wirtschaft und Unternehmen in Zeiten der Krise, Stuttgart
- Ulrich, P. (2013): Moralische Grenzen des Marktes oder: Was spricht gegen eine totale Marktgesellschaft?, [www.nsw-rse.ch](http://www.nsw-rse.ch), 24. September
- Vaubel, R. (2013): Profitstreben als beste Unternehmensethik, in: Neue Zürcher Zeitung, 22. Februar, [www.nzz.ch](http://www.nzz.ch)
- Wagenknecht, S. (2012): Freiheit statt Kapitalismus, 2. Aufl., Frankfurt a.M.

Weber, M. (1920): Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie, Tübingen